

Inema	Grüne Jugend (GJ)	Junge Liberale (JULIS)	Junge Union (JU)	Junge Sozialdemokraten	Linksjugend 'solid'
Öffentlicher Personen-Nahverkehr (ÖPNV)	Wir fordern, dass die Personenbeförderung überall im Landkreis gewährleistet wird. Das bedeutet für uns Nahverkehrslinien auch in entlegene Orte und dass an Wochenenden auch spät abends (bis 1 Uhr) zentrale Orte ohne Auto erreicht werden können. Der Nahverkehr soll dabei in der öffentlichen Hand liegen, allerdings mehr Ermäßigungen für junge Leute vorsehen, um zu motivieren, das Auto stehen zu lassen.	Der öffentliche Nahverkehr muss dahingehend organisiert werden, dass Mobilität gewährleistet ist und das Angebot der Städte genutzt werden kann (auch am Wochenende nach 23 Uhr). Dies ist zweifelsfrei nur durch eine sinnvolle Auftragsvergabe an privatwirtschaftlichen Unternehmen möglich.	Wir stehen für den Ausbau des Nachtverkehrs, kostenlose Fahrkarten für alle Schüler, auch der Sekundarstufe II und Berufsschüler. Zudem unterstützen wir einen S-Bahn-Haltepunkt in Dauelsen, wenn die Potentialanalyse dafür sprechen sollte.	Wir fordern einen Ausbau der ÖPNV-Strecken, möglichst in öffentlicher Hand. Menschen ohne Auto brauchen ein günstiges und gutes ÖPNV-Angebot. Dazu gehört ein neuer Bahnhof in Dauelsen. Die ländlichen Gebiete müssen zudem besser an die Städte Achim, Verden und Bremen angeschlossen werden, auch nachts und am Wochenende.	Wir wollen den öffentlichen Personennahverkehr zu einer richtigen Alternative zum Auto machen. Es müssen viel mehr Anreize für junge Menschen, Schüler/Innen, Azubis und Arbeiter/Innen geschaffen werden mit einem besseren Netzangebot, auch für entlegene Käffer. Dies kann mensch nur schaffen, wenn Bus und Bahn in öffentlicher Hand bleiben, frei von jeglicher Profitgier.
Umwelt	Der Atomausstieg in seiner bisherigen Form geht uns nicht weit genug. Wir wollen mehr Transparenz und Aufklärung auf dem Strommarkt, sowie eine massive Förderung der alternativen Energien. Bei z.B. dem Bau von Windparks muss die Bevölkerung allerdings demokratisch einbezogen werden. Der Ausbau alternativer Energien schafft neue Arbeitsplätze, die bei den Energiekonzernen öffentlichkeitswirksam ausgebaut werden.	Der Ausstieg aus der Atomenergie macht es notwendig auf andere Energieformen zurückzugreifen. Energieproduzierende Unternehmen müssen sinnvoll privatwirtschaftlich geführt werden. Energie muss für alle Menschen bezahlbar bleiben und die Wichtigkeit beispielsweise preiswerten elektrischen Stromes hört nicht zuletzt bei der Betrachtung des Energiebedarfes von Industrieunternehmen auf.	Der Atomausstieg ist beschlossen und wir müssen uns mit der Energiewende vor Ort beschäftigen. Hier stehen wir für regelmäßige Informationsveranstaltungen für Unternehmen und Haushalte zur energetischen Sanierung und umweltfreundlichen Energiegewinnung in Zusammenarbeit mit den lokalen Energieversorgern. Windkraft- und Biogasanlagen dürfen nur genehmigt werden, wenn auch die betroffenen Einwohner mehrheitlich einverstanden sind.	Wir setzen uns für Umwelt-, Arten- und Naturschutz ein. Kohlekraftwerke und Biogas/-masse-Anlagen sind für uns nur Übergangslösungen hin zu einer sauberen, nachhaltigen Energieversorgung. Strom muss für alle bezahlbar sein. Deshalb muss der Staat gegen Preisdikate der Energieriesen entgegenwirken. Forschung in diesem Bereich muss in Deutschland besonders gefördert werden.	Egal, ob es um Orte zum Chillen, um Abgase und Lärm von Industrie und Maschinen oder Umweltgifte der Massentierhaltung geht, Umweltschutz hat die Aufgabe, die Natur und den Menschen zu retten. Wir setzen uns für eine Umweltpolitik in unseren Gemeinden ein, die das Ziel hat, Natur zu erhalten und zu fördern. Wirtschaftliches Handeln muss seine Grenzen im Erhalt einer gesunden Umwelt haben.
Bildung	Wir verlangen Chancengleichheit an unseren Schulen, unabhängig vom sozialen und kulturellen Hintergrund. Konzepte für Gesamtschulen müssen deshalb als Alternative ernstgenommen und geprüft werden. Zudem muss Bildung in Nds. als Grundpfeiler unserer Gesellschaft wieder kostenlos werden. Auch andere Bundesländer haben hier wieder zu alternativen Finanzierungsmodellen zurückgefunden.	Mit der Einführung der Oberschule ist es möglich eine bessere Durchlässigkeit zwischen den drei Schulformen zu erlangen. Keine Schulform wird abgeschafft, es findet aber auch keine Beschulung von starken und schwachen Schülern gemeinsam statt. Eine Schule, in der lernstarke und lernschwache Schüler gemeinsam unterrichtet werden ist aus logischen und nachvollziehbaren Gründen nicht möglich.	Wir stehen für eine intensivere Kooperation zwischen ortsansässigen Unternehmen und Haupt-/Realschulen und auch den Gymnasien (Vorbild: emforce in Kirchlinteln) und für eine ortsgebundene Ausbildungsmesse. Zudem unterstützen wir die Idee von Heinrich Klopp, in Verden eine Berufsakademie zu gründen, damit die Stadt auch für Studenten attraktiv wird und Abiturienten hier gehalten werden können.	Wir wollen eine bessere, wohnortnahe Bildung. Deshalb stehen wir für Integrierte Gesamtschulen. Außerdem wollen wir die Inklusion behinderter Schüler, mehr alltagsnahen Unterricht und pädagogische Schul-Sozialarbeiter/-innen. Jedes Kind soll die gleichen Chancen haben. Außerdem muss Bildung von der KiTa bis zum Studienabschluss kostenlos sein. Darum setzen wir uns für das Ende der Studiengebühren in Niedersachsen ein.	Wir lehnen das dreigliedrige Schulsystem ab, da es in diesem nicht möglich ist, frei und individuell zu lernen. Wir fordern Lernmittelfreiheit sowie eine Schule für alle, wo sich Schülerinnen und Schüler ohne Leistungsdruck bilden können. Der erste Schritt dorthin soll die integrierte Gesamtschule (IGS) sein.
Sozialstaat	Der Sozialstaat muss mit ausreichend finanziellen und personalen Mitteln ausgestattet werden, um die Schwächeren zu stützen. Die Menschenwürde muss allerdings beim Empfangen staatlicher Leistung unverletzt bleiben, wir sind gegen die Diskriminierung von Menschen als angebliche „Minderleister“. Wir begrüßen dabei koordinierte staatliche Förderungsmaßnahmen zur Reintegration dieser Menschen in den Arbeitsmarkt.	Die Grundsicherung eines jeden Menschen, welcher hier lebt, muss gesichert sein. Staatliche Leistungen dürfen jedoch nur unter besonderen Umständen getätigt werden um die Leistung der Bevölkerung, welcher einer Beschäftigung nachgeht, nicht abzustrafen.	Wir unterstützen die Bundesregierung auf dem Weg zur Bildungsrepublik, denn sie ist der beste Sozialstaat. Der Sozialstaat soll für das Nötigste zum Leben und damit für die Grundlagen einer sicheren und freien Zukunft des Einzelnen sorgen. Außerdem muss er als Ziel die Unabhängigkeit (Selbstverantwortung) besitzen.	Wir brauchen einen umfassenden Sozialstaat. Dafür müssen die Kommunen finanziell besser ausgestattet werden. Daher lehnen wir Steuersenkungen auf Pump ab. Keiner soll unverschuldet auf der Strecke bleiben. Jeder Mensch hat ein Recht auf soziale Absicherung und eine sichere und ausreichende Rente, sowie faire Arbeitsbedingungen. Deshalb fordern wir einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde.	Nur durch den Sozialstaat ist es überhaupt möglich, in unserer kapitalistischen Gesellschaft allen ein menschenwürdiges Leben zu sichern. Solange Mensch noch nicht bereit für eine komplett neue Gesellschaft ist, setzen wir uns deshalb für soziale Reformen sowie Hilfe in ärmeren Teilen der Welt ein, um den Kapitalismus möglichst erträglich zu gestalten und Menschen in anderen Ländern zu helfen, ihn vielleicht zu überleben.
Gerechtigkeit	Wir stehen für die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von Schwulen und Lesben ein. Wir fordern Inklusion, so dass jeder Mensch die Möglichkeit bekommt, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Hierbei begrüßen wir staatliche Unterstützung, fordern aber auch mehr und weitreichendere Aufklärung auf diesem Gebiet.	z.B. Generationengerechtigkeit, es geht nicht, dass die heutige Generation auf Kosten der zukünftigen leben. Es muss eine vernünftige Lösung gefunden werden, dass jede Generation eigenverantwortlich ihren Lebensabend bestreiten kann, ohne die nächste Generation zu belasten.	Gerechtigkeit ist Chancengleichheit für alle. Jeder muss dieselben Startbedingungen vorfinden und sich selbst mit seinen Fähigkeiten und Talenten entwickeln können. Gerechtigkeit hat für uns nichts mit Gleichmacherei zu tun, wir brauchen alle Menschen mit ihren unterschiedlichen Eigenschaften.	In einer gerechten Gesellschaft gibt es keine Diskriminierung. Wir stellen uns gegen jegliche gesellschaftliche Ausgrenzung, z.B. von Frauen, Migrant/-innen, Behinderten oder sozial Benachteiligten. Wir wollen Chancengleichheit und eine solidarische Gesellschaft. Wir stellen uns gegen jegliche Art von Ausbeutung und Korruption. Freiheit darf nicht nur für die Menschen gelten, die das nötige Geld dazu haben.	Gerecht ist kein Staat, der Herrschaft ausübt, sondern eine Gesellschaft, deren Werkzeug der Staat ist. Gerecht ist keine Wirtschaft, die die Menschen kontrolliert, sondern eine Wirtschaft, die von den Menschen kontrolliert wird. Gerecht ist, wenn alle Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichen Einfluss haben. Gerechtigkeit ist Demokratie.
Freies Thema	Wir stellen uns gegen den Bau von Masthähnchen-Anlagen in der Region und fordern, den Tierschutz als Staatsziel wie im Grundgesetz verankert, auch ernstzunehmen. Das bedeutet Produkte aus tiergerechter und ökologischer Haltung gezielt zu fördern sowie ihre Verbreitung zu steigern.	Verbot von Killerspielen: Wir sprechen uns gegen ein Verbot von sogenannten „Killerspielen“ aus. Denn nicht jeder der diese Spiele spielt ist ein potentieller Amokläufer oder Verrückter. Die Spieler dürfen auf keinen Fall unter Generalverdacht gestellt werden. Andernfalls könnten wir auch das Brote essen verbieten, denn jeder Amokläufer hat das in seinem Leben auch schon getan.	Innenstädte auch abends beleben: Wir stehen für eine Disko im Verdener Industriegebiet, mehr Spielraum für Kneipen und Bars zur Nutzung von Innenstadtfächen und den Ausbau des ÖPNV-Angebotes, evtl. durch die Nutzung der Bürgerbusse abends.	Wir wollen eine bessere Entwicklungszusammenarbeit und das Ende der Ausbeutung der 3. Welt. Besonders förderungswürdig sind Projekte in den Bereichen erneuerbare Energien und nachhaltige Landwirtschaft. Dazu ist ein günstiger Export von Know-How aus Deutschland in die Entwicklungsländer nötig. Denn: Solidarität endet nicht an irgendwelchen Grenzen!	In Deutschland und überall auf der Welt führt Nationalismus zu Gewalt, Hass und Ausgrenzung. Auch im Landkreis Verden sieht man immer wieder rechtsradikale Schmierereien und immer wieder werden Menschen mit einem anderen Aussehen, anderer Meinung und Lebensart Opfer von menschenverachtenden Überfällen. Wir machen die Augen nicht zu und kämpfen für eine solidarische und tolerante Welt.